

ungsanschlusses des Reichstages Bestimmungen zu treffen. Die Vorlage wird in zweiter und dritter Beratung angenommen mit der Änderung, daß sie nicht — wie der Ausschuß beantragt — bis Ende 1930, sondern bis Ende 1931 beruht wird.

Zur ersten Beratung kommt dann der Gesetzentwurf über Erhebungen zur Frage der Besteuerung öffentlicher Betriebe.

Abg. Ende (Komm.) erklärt, die Gemeinden sollten hier selbst die Erträge liefern, mit denen sie nachher steuerpolitisch gehängt werden. Abg. Dr. Steiniger (Dnat.) weist auf die schlechte Lage der Berliner öffentlichen Betriebe hin, die in Gefahr seien, dem Großkapital zum Opfer zu fallen. Die Kommunen seien durch ihre Lohnpolitik mitschuldig daran, daß diese Betriebe unrentabel geworden seien. Abg. Simon-Schwaben (Soz.) betont, daß sich die Sozialdemokratie einer Besteuerung der öffentlichen Betriebe mit Mägen und Zinsen widersetzen werde. Abg. Lucke (Wirtsch.-Part.) nennt eine Besteuerung der öffentlichen Betriebe recht und billig. Diese Betriebe würden dann ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber der Privatwirtschaft zu beweisen haben.

Die Vorlage wird dem Steuerauschuß überwiesen. Angenommen wird eine Ausschußentscheidung, monach mit tunlichster Beschleunigung die Befragung der Strafen durch schwere Kraftwagen dergestalt eingeschränkt werden soll, daß die bestehenden Gefahren für die Wegebaupflichtigen und die Hausbesitzer vermindert werden. Ein weiterer Antrag erucht die Reichsregierung, für den Fall, daß größere Mittel für die dringend nötige Arbeitsbeschaffung aufgebracht werden können, sie auch vorzugsweise für die im Bau befindlichen Wasserstraßenbauten zur Verfügung zu stellen und Vorzüge zu treffen, die Arbeiten in einem früheren Tempo vorzutreiben.

Es folgt dann die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über den endgültigen Reichsrichtersrat, der nach dem Ausschußvorschlusse 150 Mitglieder haben soll.

Abg. Dr. Everling (Dnat.) erklärt, die grundsätzlichen Einwendungen seiner Partei gegen den Gesetzentwurf sind die Befürchtungen, daß die Richterschaft wiederholt eine Staatsform vorgezogen hätte. Der Gesetzentwurf lasse die berufständlichen Ansprüche ungenutzt und führe nicht zur Befreiung vom Parlamentarismus.

Die weitere Beratung wurde abgebrochen und auf Sonnabend vormittag 12 Uhr vertagt.

Brotgesetz vor dem Reichstag.

Reichstagsauschuß angenommen.

Auf der Tagesordnung steht der Entwurf eines Brotgesetzes. Nach den Ausschußbeschlüssen darf unter Verwendung von Mählerezeugnissen des Roggens nur Brot hergestellt werden, das enthält: 1. mindestens 97 Prozent Roggenmehl, das höchstens zu 60 Prozent ausgemahlen ist, oder 2. mindestens 97 Prozent Mählerezeugnisse des Roggens, die zu 100 Prozent ausgemahlen oder geschrotet sind, oder 3. mindestens 80 Prozent Roggenmehl, das höchstens zu 60 Prozent ausgemahlen ist und höchstens 17 Prozent Weizenmehl oder Roggenstrot, wobei die Bestandteile an Mählerezeugnissen des Roggens und Weizens zusammen 97 Prozent betragen müssen. Das letztere Brot darf nur in den Verkehr gebracht werden, wenn es als Milchbrot gekennzeichnet ist. Die weiteren Bestimmungen des Gesetzes betreffen das Gewicht des Brotes, das ein ganzes Maßbrot von 250 Gramm betragen muß.

Abgeordneter Simon-Franken (Soz.) erklärt, daß seine Fraktion trotz der Befürchtungen, die die Vorlage im Ausschuß erfahren habe, dem Gesetz zustimme, weil mit dem Gesetz einer seit Jahren erprobten Forderung nach gesteigerter Festlegung des Brotertrages nach Gewicht entsprochen werde, und weil die Sozialdemokratie einer Förderung des Roggenverbrauchs unterstützen wolle. Abgeordneter H. Bernin (Komm.) beantragt, daß das Gesetz nicht gelten soll für das in den Genossenschaften hergestellte Brot. Abgeordneter Rieseberg (Dnat.) tritt für die Schaffung eines reinen Roggenbrotes ein, um endlich dem Schwindel mit allen möglichen Beimischungen ein Ende zu machen.

Seine blinde Frau

Originalroman von Gert Rothberg.

Er lächelte über sich selbst, aber bei diesem Lächeln spürte er einen so tiefen Schmerz im Herzen. Trotzdem er bestimmt nach Hause zu reisen gedachte, beschäftigten sich seine Gedanken unangelegentlich mit Inge Stern.

Als Wendog jetzt nach dem seitlich aufgestellten Büfett schritt, um eine Erfrischung zu sich zu nehmen, folgte er ihm unauffällig.

Wendog bemerkte ihn am Büfett und trat freundlich nickend auf ihn zu. „Stimmlich heiß hier, na, Ihnen wird es nicht noch heißer sein nach dem Getranke.“

Erschienen lächelte. „Es ist aber sehr schön hier, es gibt was zu sehen.“

„Allerdings“, Wendog lächelte etwas mokant. „Die Wellen und Berken der Ammenschen belaufen sich auf Willhaben.“

Sie setzten sich an einen kleinen Tisch. Als sie mit den Gläsern anstießen, in denen goldgelber Wein funkelte, da sagte Erschienen den Entschluß. „Sich aber nicht, du dachte er.“

„Nicht“, Wendog, ich würde gern eine Frage an Sie richten. Sie bin aber etwas in Verlegenheit, weiß nicht, wie Sie die Sache auffassen.“

„Schießen Sie nur los“, meinte Wendog.

„Möchte Wendog, Sie erzählen mir von dem Mann, den Sie vorhin hoffnungslos liebte zu Inge Stern“, sagte Erschienen leise.

Ueber des Dollarsüßigen Gesicht breiteten sich finstere Schatten. „Ja, warum kommen Sie jetzt darauf zurück?“

„Weil ich Inge Stern auch liebe“, sagte Erschienen ruhig.

„Ja, so verstanden Sie Ihr Heil doch“, sagte Wendog und

abgeordnete Frau Wurm (Soz.) bekämpft den Antrag Riesebergs. Abgeordneter Dreißig (Wirtsch. P.) erklärt, die Bestimmungen über das Gewicht seien technisch undurchführbar und würden zu Schikanen führen. Bei Aufrechterhaltung dieses Zuchthaus-Paragrafen würde die Wirtschaftspartei das Gesetz ablehnen.

Der Antrag auf Streichung der Bestimmungen über das Gewicht wird abgelehnt. Das Projekt wird in der Ausschussfassung in zweiter Beratung angenommen.

Die dritte Beratung soll später stattfinden.

Der Haushalt des Reichstages wird ohne Aussprache in der Ausschussfassung angenommen.

Das Haus vertagt sich auf Montag 3 Uhr: Haushalt des Finanzministeriums in Verbindung mit den Deckungsanlagen.

Wein- und Milchgesetz im Ausschuß.

In erster Lesung angenommen.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuß des Reichstages beendete die erste Lesung des Milchgesetzes, das mit Mehrheit angenommen wurde. Ein von den bürgerlichen Parteien gestellter Antrag, monach die eingehenden Strafgebühren anfallend der selbsterhaltenen Leistung nimmend in die Staatskasse fließen sollten, fand mit 13 gegen 12 Stimmen Annahme. Hierauf wandte sich der Ausschuß der allgemeinen Aussprache über das Weingeßetz zu. Zur Einzelberatung überwiegt es das Gesetz einem Unteranschluß, zu dem je ein Vertreter der Fraktionen gehören soll, die Sozialdemokratie ist durch zwei Mitglieder vertreten.

In der allgemeinen Aussprache wurde von allen Seiten der Gesetzentwurf im Interesse der Winzer, des Weinhandels, des Gastwirtsstandes und der Verbraucher begrüßt und gefordert, daß seine Verarbeitung noch vor der Sommerpause des Reichstages erfolgen möge, damit die Vorteile des Gesetzes schon für die diesjährige Weinernte wirksam werden könnten.

Unterbrechung der Saarverhandlungen?

Um den belgisch-französischen „Bahnstich“.

Die Pressemeldungen über den Abbruch der Saarverhandlungen werden durch die Berliner zuständige Stelle als nicht richtig bezeichnet. Die Verhandlungen liegen augenblicklich noch, befinden sich allerdings in einem kritischen Stadium. Man müsse mit einer Unterbrechung dieser Verhandlungen rechnen, sie würden später aber zwischen den beteiligten Regierungen fortgesetzt werden. Allerdings sei dann nicht zu erwarten, daß sie noch in diesem Jahre zum Abschluß gelangen.

Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, wird der belgisch-französische „Bahnstich“ schon in nächster Zeit aus dem Saargebiet zurückgezogen werden. Es handelt sich um etwa 400 Soldaten, die den Schutz der Bahnverbindungen zwischen dem Saargebiet und dem belgischen Gebiet aufrecht erhalten sollten. Da das Rheinland inzwischen geräumt worden ist, ist auch dieser „Bahnstich“ überflüssig geworden. Ueber den genauen Zeitpunkt der Zurückziehung ist noch nichts bekannt, doch wird sich die Saarkommission in den nächsten Tagen damit beschäftigen.

Die Saarvereine in Trier.

Eröffnung der Bundestagung.

Die 10. Tagung des Bundes der Saarvereine wurde hier eröffnet. Vor der geschäftlichen Sitzung wurde in einem engeren Arbeitsauschuß der Geschäftsbericht erstattet. Danach hat das letzte Arbeitsjahr ganz unter dem Einfluß der Rückgliederungsverhandlungen über das Saargebiet gestanden. Das Verhalten französischer Staatsmänner, die den Verzicht nicht schwinden, ließ die Aufrechterhaltung des Saargebietes durch direkte deutsch-französische Verhandlungen in die Wege zu leiten, nicht ehrlich gemeint seien.

Kommerzienrat Dr. h. c. Köhling

sprach über die Pariser Saarverhandlungen. Alle europäischen Kohlengruben — bezeichnenderweise mit Ausnahme der französischen — hätten in der Nachkriegszeit erhebliche Leistungserhöhungen erzielt, so die Ruhr um 34 u. 37, das Saargebiet dagegen nur um 4 u. 5. Durch diesen Stillstand in der Entwicklung sei der Wert der Saargruben seit 1913 trotz der französischen Investitionen, die nicht richtig angewandt worden seien, erheblich zurückgegangen.

Die Werterminderung der Saargruben betrage augenblicklich schon 25 u. 5, und werde 1935 sogar voraussichtlich 35 u. 5, ausmachen.

Die politischen Verhandlungen müßten die vollständige Unterbrechung des Verkehrs in den Grenzgebieten vermeiden und die von altersher bestehenden Handelsbeziehungen zwischen Lothringen und dem Saargebiet aufrechterhalten. Zum Schluß gab der Redner der Hoffnung Ausdruck, daß das Verhandlungsstempo beschleunigt werde, damit die Rückgliederungsverhandlung noch in diesem Herbst ein Abkommen zwischen Deutschland und Frankreich über die Rückgabe der Saargruben und die Rückgliederung des Saargebietes an das Mutterland zu genehmigen hätte.

Die Rede des Stadtschulrates Martin, M. d. L., Saarbrücken, gipfelte in der Forderung: „Wir wollen zurück zum Rhein; frei werden, wie es unsere Brüder am Rhein und Mosel geworden sind!“

Studienleiter Drefen, Trier, forderte zur Unterbrechung des Freiheitskampfes der Saarländer den Beitritt zum Bunde der Saarvereine. Zum Schluß wurde eine Entschließung angenommen, in der es u. a. heißt, daß unergiebige Rückkehr des Saargebietes zum Reich als Wiederherstellung des begangenen Unrechts die feste und unausweichliche Forderung sei. Hand in Hand mit der Rückgliederung müsse der Rückkehr der Brüder durch das Deutsche Reich vorbehaltlos erfolgen.

Paris, 6. Juli. Der Senatsauschuß für Auswärtige Angelegenheiten beschäftigte sich mit dem Saargebiet. Die Senatoren Maurice Dornier und Ecard erstatteten Bericht über die das Saargebiet betreffende Fragen. Der Ausschuß wird am kommenden Mittwoch Ministerpräsidenten Lardieu, Außenminister Briand und den Minister für öffentliche Arbeiten Bernot in dieser Frage hören. Senator Dornier verwies auf den günstigen Einfluß, den die Rückkehr zum Reich auf den Saargebiet ausüben habe und erklärte, daß die Rolle des Saargebietes in Zukunft aufrecht erhalten werden müsse.

Senator Ecard bemühte sich, an Hand von Zahlen nachzuweisen, daß das Interesse Frankreichs und der Saarländer die Beibehaltung des Status quo erforderten. Der Ausschuß beschloß, der Regierung einen eingehenden Fragebogen sowohl über die Saargebiet als auch über das Programm für die Förderung der Nationalwirtschaft vorzulegen.

Dochhafter von Hoehf bei Briand.

Unterredung wegen der Zwillingsfälle in Mainz.

Ueber den Besuch des deutschen Vorkämpfers von Hoehf bei Briand glaubt das „Journal“ mitteilen zu können, daß sich die Unterredung insbesondere auf die letzten Zwillingsfälle im ehemaligen belgischen Gebiet bezogen habe.

Die deutsche Regierung habe der französischen Regierung gegenüber die Verpflichtung übernommen, einen Vergeltungsmaßnahmen an den Belackern Deutschlands während der Separatistenzeit zu üben.

Die Ereignisse der letzten Tage hätten die Reichsregierung aber wahrscheinlich veranlaßt, sich der Verantwortung zu entziehen (1). Das „Echo de Paris“ spielt sich in einem langen Artikel als Freund der Separatisten auf und fügt hinzu, daß sich die Deutschen jetzt an den Fremden Frankreichs im Rheinland und an allen denjenigen rächen, die in intimen Beziehungen zur Befreiungsumarmen gestanden hätten. Frankreich habe die Pflicht, diese nach Möglichkeit zu schützen.

Das Blatt fordert die französische Regierung auf, die nötigen Mittel und Wege dazu zu finden, da die französische Ehre auf dem Spiele stehe (1).

dem Bilde, dachte er. Aber wie hängt das nur alles zusammen?

Er stand auf. „Ich glaube, wir müssen uns wieder setzen lassen. Hatten Sie noch etwas auf dem Herzen?“

„Nein“, sagte Erschienen.

„— Inge-Tutta fühlte eine leise Ermüdung. Sie durfte jetzt nicht mehr tanzen, denn jede weitere Anstrengung konnte gefährlich werden. Zudem wollte sie auch bald nach Hause und da mußte sie sich auch noch erst genügend abkühlen, damit sie nicht erhitze in die Nachtluft hinausströme.“

Sie blühte den beiden Herren entgegen. Selbsten erntet kamen sie ihr beide vor.

Als Erschienen um den letzten ihm noch zugelegten Tanz bat, lehnte Inge-Tutta mit der Begründung ab, daß sie ermüdet sei und auch schon den anderen Herren einen Korb gegeben habe. Erschienen trat, sich bewegend, zurück.

Wendog aber erinnerte sich Stern noch einmal an den morgigen Besuch.

„Sich erhob sich die Sängerin, um nach Hause zu fahren. Eine begehrte Menschenmenge begleitete sie hinaus.“

„Doch am Abend stand Wendog, Morland und Erschienen. Tutta, in ihrem weißen Mantel, das Gesicht von einem kleinen Samituh umrahmt, nicht allen noch einmal freundlich zu. Ihre und Erschienen Augen aber gingen aneinander, lange, lange.“

Die Ruhe erklang und das Luto fuhr davon. „Sie unternehmen wir nun noch ein bißchen?“ fragte fabel Morland. Er bekam keine Antwort. Mit komischen lächeln sah er die zwei anderen an. „Kommen Sie heute noch wieder, meine Herren“, meinte er.

Erschienen fuhr zusammen.

Wendog aber sagte ruhig: „Meine Herren, entschuldigen Sie mich, ich fahre nach Hause.“

„Go!“ brummte Morland enttäuscht. „Na, wegen mir, aber?“

Erschienen schob seinen Arm in den des alten Herrn. „Wir fahren auch nach Hause“, sagte er.

(Fortsetzung folgt.)

Zerbrostener Pferdemarkt-Lotterie

1 Los 3.— RM.
Ziehung am 19. August 1930
Zu haben bei
Richard Arnold, Buchdruckerel.

Glückwunschtelegramm der Sowjetunion.

Die Antwort Curtius'

Moskau, 5. Juli.

Der Volkstomminister für auswärtige Angelegenheiten, Witomoff, hat an Reichsminister Dr. Curtius ein Telegramm geschickt, in dem er namens der Sowjetregierung die Reichsregierung zur Beendigung der Besetzung des deutschen Gebiets durch ausländische Truppen beglückwünscht. In dem Telegramm heißt es:

Die Sowjetregierung hat am 13. Januar 1923 vor der ganzen Welt gegen die Besetzung deutschen Gebiets protestiert und nimmt mit besonderer Verdrisung von der Wiederherstellung der deutschen Souveränität im Rheinland Kenntnis.

Der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Curtius hat Volkstomminister Witomoff telegraphisch seinen Dank für die übermittelten Glückwünsche ausgesprochen.

Die Trierer Bekehrungsfeier

Trier, 7. Juli.

Der Sonnabend und Sonntag waren der Fortsetzung der Trierer Feiertage gewidmet. Es fand eine Anzahl großer Versammlungen statt, so neben der Saarundgebung der Saarvereine die Einweihung des neuen Kriegendenkmals und des neuen Großbrunnens. Der Abend war einem Volksfest vorbehalten, das der Frauentag der Bevölkerung über die endliche Bekehrung Ausdruck verlieh. Etwa 30 000 Zuschauer wohnten dem großartigen Schauspiel bei. Die alte Rheinbrücke erstrahlte im Lichte von unzähligen elektrischen Lampen, deren Schein die Konturen der Brücke aus dem Dunkel hervorhob. Auf der Mosel schaukelten hunderte von beleuchteten Booten. Gegen 10 Uhr zogen sich zwei riesige Fackelzüge auf der Mosel auf. Die ersten zogen die endliche Bekehrung und bereiteten sich zu einem Feuerstrom, dessen unzählige zuckende Flammen sich über die Brücke und die Uferwege ergossen. Um 11.30 Uhr trachten Bierschiffe. Gleichzeitig schossen Garben von Raketen in allen Farben in den dunklen Sommerachtstimmeln empor. In diesem Augenblick erklangen spontan von Zehntausenden gejunten das Deutschland- und das Mosellied, die dem Jubel über die Befreiung einen erschütternden Ausdruck verliehen.

„Graf Zeppelin“ auf der Rückfahrt nach Friedrichshafen

Köln, 7. Juli.

Nach seinem großen Rundflug über das Rheinland erfuhr am 5.20 Uhr nachmittags der „Graf Zeppelin“ wieder über dem Flughafen Zugweilshof und war kurz darauf gelandet. Einige Zeit später erfuhr, von Düsseldorf kommend, der zweite Lufttrieb, das Flugzeug „D 2000“, das den großen Bruder umkreiste. Der Kölner Klub für Luftfahrt ließ Dr. C. e. n. e. r. und den drei Kapitänen einen silbernen Pokal und drei silberne Becher als Erinnerungsgabe überreichen. Auch Reichsverkehrsminister u. G. e. u. r. d. Staatsminister a. d. D. o. m. i. n. i. u. m. ferner der Vorsitzende des Deutschen Luftfahrtverbandes, Regierungspräsident E. f. f. g. e. n. und Oberbürgermeister Dr. A. d. e. n. a. u. e. r. hatten sich zur Begrüßung eingefunden. Nachdem der Passagierwechsel vorgenommen worden war, trat „Graf Zeppelin“ kurz vor 6 Uhr nachmittags die Rückfahrt nach Friedrichshafen an. Zugweilshof war „D 2000“ gelandet, zu dem kein nimmend. Der Vertreter der Behörden begaben, um einen kleinen Rundflug zu unternehmen.

Köln, 7. Juli.

Von den gestern morgen gestarteten 50 Teilnehmern am Rheinlandbefreiungsflug lag 40, die in Düsseldorf aufgetrieben waren, sämtlich hier eingetroffen. Damit hat der Rheinlandflug sein Ende erreicht. Eine Maschine hatte bei der planmäßigen Zwischenlandung in Aachen wegen Bruchs des Fahrgestells den Weiterflug aufgeben müssen. Die übrigen Flugzeuge haben die Etappe Aachen-Eilen-Düsseldorf-Köln absolviert.

Separatistenderfolgungen gehen weiter.

Die Erregung immer noch sehr groß.

Mainz, 5. Juli.

Gegen Abend ist die Unruhe auf den Straßen wieder stärker geworden. Man befürchtet, daß es im Laufe der Nacht wieder zu Unruhen kommen wird. Auch in Wiesbaden und anderen Orten zeigt sich eine verstärkte Bewegung der Separatistenelemente.

In Mainz hat sich der fränkische Arzt Dr. Roth, der in der Separatistengovernment als Provinzialdirektor eine große Rolle gespielt hat und nun von der Bevölkerung verfolgt wurde, mit seiner Frau verhaftet. Beide wurden unter Bewachung von 10 Schupobeamten in lebensgefährlichem Zustand in ein Krankenhaus gebracht.

Ferner wurde die Wohnung des Mainzer Kaufmanns Schäfers, der ebenfalls der separatistischen Regierung angehört hatte, völlig demoliert und zahlreiche Einrichtungsgegenstände auf die Straße geworfen. Die erregte Menge führte die Fabrik eines separatistisch gesinnten Klavierfabrikanten und zerstörte u. a. eine große Anzahl fertiger Klaviere. Ähnlich erging es dem Kaufmann der separatistischen Regierung Dr. Klingenschild, dem Zahnarzt Blumers und dem Latiermeister Ufer.

Neue Zusammenstöße.

Oberstein, 5. Juli.

In Nalshollenbach geriet eine Gruppe junger Leute mit Personen, die in dem Juli fehen, an der separatistischen Bewegung teilgenommen zu haben, vor dem Hause des ehemaligen separatistischen Ordensministers in Streitigkeiten. Mehrere Personen wurden verletzt, eine von ihnen schwer. Dem Eingreifen mehrerer Bürger ist es zu verdanken, daß Weiterungen vermieden wurden. In den Morgenstunden war im Orte ein Plakat aufgehängt, das an die früheren Separatisten die Aufforderung richtete, den Ort zu verlassen. Das Plakat wurde später eingeworfen.

... auch in Wiesbaden.

Wiesbaden, 5. Juli.

In der Nacht wurden hier die Geschäfte von verschiedenen Verbänden der Separatisten zerstört. In einigen Geschäften wurde die Einrichtung völlig zerstört. Auch bei der „Rheinischen Volksgemeinschaft“ wurden die Erkerfenstrier eingeworfen.

Die Zerstörungen folgten sich nach demselben Schema wie in Mainz. Auf Fahrrädern und Motorrädern kamen die Truppen an, und ehe die Polizei einschreiten konnte, waren die Zerstörungen geschehen und die Täter wieder verschwunden.

Reichswirtschaftsrat zur Bauwirtschaft.

Ein beachtenswertes Gutachten.

Berlin, 6. Juli.

Der Ausschuss des Reichswirtschaftsrats für Siedlungs- und Wohnungsfragen hat sich mit der Frage befaßt, wie der Wohnungsbau und die allgemeine Bauwirtschaft für die nächsten Jahre belebt und die Arbeitslosigkeit gemindert werden kann. Zunächst wird die weitere Erhebung der Hauszinssteuer als erste Voraussetzung für die Förderung der Bauwirtschaft bezeichnet. Hingewiesen wird auf die Bedeutung stetiger, auch die fallmäßigen Schwankungen nach Möglichkeit überwindender Beschäftigung im Baugewerbe für die Entwicklung der Baukosten. Neben gesicherter Baufinanzierung wird Beteiligung des Untergrundes zwischen Alt- und Neubauten durch Sentung der Neubauten und entsprechende Erhöhung der Altbauten gefordert. Die weiteren Vorstöße behandeln den Straßenbau und schlagen eine Auslandsstraßenbauleihe vor, deren Tilgung und Zinsendienst aus der Kraftfahrzeugsteuer zu erfolgen hätte. Ueber die Notwendigkeit der Aufhebung der Wohnungsbaupolitik besteht im Ausschuss allgemeine Uebereinstimmung, nur über das Tempo ihres Abbaues herrschen verschiedene Ansichten. Bei dem Neubau von Wohnungen ist darauf zu achten, daß der Gesamterstellungspreis dem allgemeinen Steuerungsstand möglichst angedrängt wird. Die Wohnungspolitik sollte daher nach Ansicht des Ausschusses in besonderem Maße auf Herabsetzung des Zinsfußes für Bau- und Hypothekendarlehen, auf Erleichterung der Baubetriebskosten und auf Vermeidung aller verteuern der Zwischenstellen bei den zuständigen Behörden gerichtet sein.

In der Montanindustrie:

Gesamtfindung der Belegschaft.

× Gleiwitz, 6. Juli.

Nach eingehenden Verhandlungen mit der Gewerkschaften hat der Arbeitgeberverband der ober-schlesischen Montanindustrie in Anbetracht der Tatsache, daß gerade die ober-schlesische Industrie infolge der hohen Selbstkosten die Preisermäßigung ohne anderweitige Gegenleistung noch weniger tragen kann als die westfälische Industrie und daher zu einer Entlassung der Lohnonten und einer Verringerung der Selbstkosten gezwungen ist, beschloffen, der Gesamtbelegschaft zu kündigen. Diese Kündigung, die lediglich eine Neuregelung der Arbeitsverhältnisse und überarbeitsfähigen Zulagen herbeiführen soll, wird mit 14 Tagen befristet und gilt bis 19. Juli. In der Zeit werden Verhandlungen über eine Neuregelung der Verdienste stattfinden, der Arbeitsvertrag während dieser Zeit bis zum 1. August vorläufig noch weiterhin in Kraft bleibt, falls ein nicht wirkungslos bleiben soll, nur den Anfang darstellend für eine allgemeine Revision der Preise auch in anderen Industrien und vor allem im Lebensmittelgewerbe.

Mittrauen gegen Minister Dr. Fried.

Volkspartei entfällt sich der Stimme.

○ Weimar, 5. Juli.

Nach stürmischer Aussprache fanden im thüringischen Landtag die Sozialdemokraten, Kommunisten und die Demokraten kallenbach sozialdemokratische Mittrauensanträge gegen die nationalsozialistischen Regierungsmitglieder Dr. Fried und Staatsrat Marschler mit 25 gegen 22 Stimmen Annahme, da sich die Deutsche Volkspartei als Regierungspartei geschlossen der Stimme enthielt.

Nach der thüringischen Verfassung ist aber für den Rücktritt eines Ministers die Mehrheit der gesetzlichen Abgeordnetenanzahl — 27 Stimmen — erforderlich. Da die linksverfassungsmäßigen Voraussetzungen für den Rücktritt des Staatsministers Dr. Fried nicht erfüllt.

Eine Erklärung der D. V. P.

Die Deutsche Volkspartei gab zur Wechseltung ihrer Haltung eine längere Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Die Art und Weise, in der führende Vertreter der Nationalsozialisten im Reich und in den Ländern vorgehen und gerade die Deutsche Volkspartei angreifen, hätte in den Reihen der Volkspartei sehr starke Verwirrung hervorgerufen. Der am Donnerstag veröffentlichte Brief des Leiters der Unterfränkischen Jena gegen Staatsminister Dr. Fried brachte Aufstände an der Unterfränkischen Jena in dem Verhältnis des Lehrkörpers der Universität zu dem Volksbildungsminister ins Licht, die auf die Dauer nicht ertragen werden könnten. Diese Zustände seien hervorgerufen worden durch die Verlegungen des Vorschlagsrechtes bei der Professur von Dr. Günther und dann durch das die Autorität des Senates schädigende Eingreifen des Ministers in das Verhältnis zwischen Lehrkörper und Studentenchaft. Die Volkspartei müsse auf rasche und gründliche Beseitigung dieser Mißstände größten Wert legen. Dringend notwendig erseheine es auch, daß Streitigkeiten mit dem Reich nach Möglichkeit vermieden würden. In letzter Zeit fernern von der Regierung Verwaltungsmaßnahmen getroffen worden, von denen nach Auffassung der Volkspartei zu erwarten sei, daß sie vom Gericht nicht als mit den geltenden gesetzlichen und rechtlichen Bestimmungen vereinbar erklärt und deshalb wieder zurückgenommen werden müssen.

Fried und Marschler bleiben.

Wie nunmehr bestimmt feststeht, werden sowohl Staatsminister Dr. Fried als auch Staatsrat Marschler die Folgenungen aus der Annahme der Mittrauensanträge nicht zeigen, sondern in der Regierung verbleiben. Dies ist von um so größerer Bedeutung, weil der thüringische Landtag in der Sommerferien gegangen ist, nachdem er noch mit den Stimmen der Regierungsparteien die Vorbedingungen für die am 7. Juli eintretende Verfassungsveränderung der thüringischen Verfassung gutgeheßen hat. Von sozialdemokratischer Seite soll der Staatsgerichtshof angeregt werden, um eine Entscheidung über den Paragraphen zwei des thüringischen Ermächtigungsgesetzes herbeizuführen, der das Recht der Regierung auf Umwidmung der Verwaltung aus Erparnisgründen genehmigt.

Aus der Heimat und dem Reiche.

Remberg, den 7. Juli 1930

D. diese Hitze!

Je länger, je mehr fängt die Hitze an, unangenehm zu werden. Es ist allmählich so weit, daß wir auch den „Hühner“ gar nicht mehr als „Hühner“ empfinden. Mancherlei Feuerschmerzen stellen sich ein. Da hat der eine einen viel zu frühen, schlechten Schlaf. Den anderen quälten Darm- und Magenverimmungen als Folge des allzu starken Bewusstseins kühlender Getränke, wieder andere Menschen klagen über Müdigkeit, Druck im Kopf, Kopf- und Gliedererschmerzen usw., kurz, es machen sich im menschlichen Wohlbefinden so mancherlei unerfreuliche Begleiterscheinungen der hohen Hitzeperiode geltend. Vom Urlaub zurückkommende besauern sich gar nicht recht erholt zu haben, weil es bei allem Schönwetterein so heiß, drückend und (schweiß) gemelen sei und namentlich die für die Nerven so wichtigen Erholungs- und Luftbaumöglichkeiten gefehlt hätten. In den Betrieben macht sich da und dort die Hitze gleichfalls an einer merklich verringerten Leistungsmöglichkeit der Beschäftigten bemerkbar. So ist denn alles der Hitze bis zum Hals hinauf satt und wünscht endlich Abkühlung und leichte Erfrischung.

Trinkt nicht Wasser auf Kirichen und Gurkenalat.

Es kann nicht genug davon gewarnt werden, nach dem Genuss von Kirichen oder Gurkenalat Wasser, Selterwasser, Sauerbrunnen, Limonade usw. zu trinken. Wie wir hören, soll in Bitterfelds nächster Umgebung bereits eine Frau gestorben sein, die dem Genuss des Gurkenalats mit Wasser gestorben ist. Ein Bitterfelder wurde in das Krankenhaus gebracht. Ein Kind liegt krank zu Hause. Ubrigens ist auch die Ansicht irrig, als ob der Genuss von Bier oder Wein oder abgekochten Wassers auf Kirichen oder Gurkenalat nichts schade. Richtig ist lediglich, daß der eine Magen die Mischung verträgt, der andere nicht. Also lieber Vorzicht!

Turnerisches. Unter großer Beteiligung aus der ganzen Provinz Sachsen und dem freistaat Anhalt fand vom Freitag bis gestern in Halberstadt das Kreisturnfest des Kreises Ille statt. Auch unser M. L. B. beteiligte sich mit seinen Turnern am Kampf um den schlichten Ehrentanz. Und sie haben gut abgemittelt. Somit uns die Ergebnisse des ersten Kampftages vorliegen, konnten sie in den Mehrkämpfen folgende Plätze belegen:

- 1. Sieger Hans Ludewig 78 Punkte
- 16. Sieger Werner Wegmann 70 Punkte
- 3. Judokampf (Mittelstufe)
- 15. Sieger Kurt Ludewig 164 Punkte
- 3. Judokampf (Oberstufe)
- 9. Sieger Willi Kaligals 148 Punkte
- 3. Judokampf (Mittelstufe)
- 17. Sieger Kurt Ludewig 147 Punkte
- 3. Dreikampf (männl. Jugend)
- 12. Sieger Herbert Wilbau 60 Punkte

Die Ergebnisse des Frauen-Turnturnens liegen uns zur Zeit noch nicht vor.

Berblich, 2. Juli. Von Rehen angegriffen wurde am Dienstagmorgen der Landwirt Luzmann von hier. Er war mit seinem Sohne an der Nachmittagsmahlzeit mit Butterbrot beschäftigt, wobei ein Rehtag aufgeschwemmt wurde. Auf dessen Rufen eilten die Mutter und ein gut geweihter Rehof herbei und nahmen eine drohende Haltung gegen S. und dessen Sohn an. Nur durch Vorhalten von Gabel und Sense konnten sich diese den Vork von Leibe halten. Als das Rehgen in Sicherheit war, ergriffen auch die Eltern die Flucht, um sich 100 Meter weiter am grünen Aue gültig zu tun.

Köthen, 3. Juli. (Das Schwärzchen erstickt.) Als abends eine hiesige Frau von einer Besorgung heimkehrte, fand sie ihr 14 Tage altes Kind im Bettchen tot vor. Ein dreijähriges Kind, das bisher in dem Bett geschlafen hatte, ludte schlaftrunken die gewohnte Ruhestätte auf, deckte den Säugling mit einem Kissen zu und legte sich selbst darauf. Dabei ist das Kleine dann erstickt.

Ammerberg. (Arbeitsverweigerung der Reichsarbeiter.) Etwa 450 Wohnplatzverweigerer, die zu Pflichtarbeiten herangezogen worden waren, verweigerten seit einigen Tagen die Arbeit. Die Zahlung von Unterfügung an sie ist auf Veranlassung des Landrats eingestellt und wird erst nach Wiederannahme der Arbeit wieder verabsolgt werden.

Torgau. Keine Auflösung des Kulturamts. Bei einer Verhandlung im Landeskulturrat zu Merseburg wird im Gegensatz zu anderslautenden Nachrichten festgelegt, daß das hiesige Kulturamt nicht aufgelöst wird. Im Gegenteil! Loge sogar beim Beamtenkörper vergrößert werden, da noch Umlegungen größeren Ausmaßes bevorstehen.

Bitterfeld. Von der Grubenbahn verurteilt. Im Abrumbetrieb der Grube Wolf wurde nachts der 22 Jahre alte Arbeiter B. i. t. t. e. r., als er mit dem Reigen der Schienen der Grubenbahn beschäftigt war, von einem Braumagazin am Rücken gefaßt, etwa 25 Meter mitgeschleift und durchbar verurteilt, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Die Arbeitsstätte des Getöteten soll nicht beleuchtet gewesen sein.

Eilenburg. Durch eigene Unvorsichtigkeit getötet. An dem schrankenlosen Bahmübergang bei Sprötte wurde der 19 Jahre alte Frieda B. e. i. e. r. aus Eilenburg, der sich mit ihrem Kinde auf der Heimfahrt befand, vom Zuge überfahren und sofort getötet. Obwohl das Lokomotivpersonal vorfichtersmäßig Warnungssignale gab und das Wächchen durch Zurufen und Winken vor dem Weiterfahren warnte verurteilte es, noch vor dem Zuge die Gleise zu überqueren. Diese Unvorsichtigkeit mußte es mit dem Leben bezahlen.

Könnern. Keiserei im Stadtparlament. In der letzten Stadtvorordnetenversammlung kam es nach Raubaußen zu einer reaktierten Schlagerei zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten. Im Hand eines von den Alten abgedröhnten Briefes an den Regierungspräsidenten hatte man den Sozialisten vorgeworfen, die Befähigung eines Kommunisten als Magistratsmitglied verhindert zu haben. Die Ruhe konnte nur mit Mühe wiederhergestellt werden.

Meuselwitz. Robienstaubbrand. Infolge der sengenden Hitze entzündeten sich am Meuselwitz Robienstaublagerungen. Die Feuerwehr konnte den Brand in angestrengter Arbeit löschen.

Alle Berufs-, Unterhaltungs- und Modet-Zeitschriften
 liefert **Richard Arnold**, Buchhandlung, Leipzigerstr.

Halle. Der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Dr. G. z. m. e., übergab am Sonnabend in der Aula der Universität die neuen Sagen. In einer Rede sprach der Minister von der Krise der Universitäten und der Wissenschaften, die sich aus der Aufgabe entwickelten, die freie Forschung mit dem Unterricht der kommenden Generationen in Einklang zu bringen, ohne dass eine der beiden Aufgaben darunter leide. Der Vortrag, der gegenwärtig an den Universitäten herrsche, habe diese Krise naturgemäß verstärkt. Zum Schlusse erwähnte er der Universität Halle-Wittenberg unter der neuen Verfassung eine erfolgreiche Tätigkeit.

Vor der feierlichen Übergabe ereignete sich ein Zwischenfall. Vor dem Gebäude hatte sich eine Gruppe nationalsozialistisch eingestellter Studenten verammelt. Als der Rektor, Prof. Dr. G. H. F. e. b., und der Kurator, Geheimrat B. o. f. a. t., mit Kultusminister Dr. Grimm im Kraftwagen vorfuhren, wurden sie mit stürmischen Protesten empfangen. Polizei wurde eingesetzt, und der Platz wurde abgesperrt. Bei der Abfahrt wurden weitere Demonstrationen dadurch verhindert, daß der Kraftwagen statt zum Universitätsring zur Barfüßerstraße hinausfuhr.

Das Leberarbeitszeitabkommen in der mitteldeutschen Metallindustrie

Halle. Der Verband mitteldeutscher Metallindustrieller hatte zur Schaffung eines Leberarbeitszeitabkommens beim Reichsarbeitsministerium die Einlegung eines Sonderbeschlichters beantragt. Darauf hatte der Reichsarbeitsminister die Parteien zu einer unermittelbaren Aussprache ins Reichsarbeitsministerium geladen, die etwa acht Stunden dauerte, jedoch zu keinem Ergebnis führte, da der Deutsche Metallarbeiterverband auf seinem Standpunkt beharrte, daß ein Leberarbeitszeitabkommen nicht nötig sei. Die Arbeitnehmer wurden von dem Vertreter des Reichsarbeitsministeriums erlucht, sich mit der Durchführung eines Schlichtungsverfahrens einverstanden zu erklären und einer Sonderbeschlichter vorzuschlagen. Die Vertreter des Metallarbeiterverbandes bejahten sich die Stellungnahme vor. Der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums ließ durchschauen, daß man dem Antrag der Metallindustriellen auf Durchführung des Sonderbeschlichtungsverfahrens stattgeben würde und erluchte, einen Sonderbeschlichter vorzuschlagen.

Halle. Am Samstag eingeschlafen. Beim Aufwecken schielte die Ehefrau S. u. e. r. ein. Das Wasser kochte über, löschte die Gasflamme aus. Das ausströmende Gas vergiftete die Frau. Der Chemiker fand seine Frau leblos vor.

Konkursverfahren beim Anhaltischen Siederverband

Desau. Wie wir erfahren, wird der Anhaltische Siederverband E. B. in Desau am Montag den Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens beim Amtsgericht in Desau stellen.

Reuden. Glimpflich abgelaufen. Auf der Staatsstraße nach Leipzig verlor bei Profen der Führer eines Begauer Kraftfahrzeugs noch über die Geleise der Strecke Leipzig-Profen zu kommen, als bereits die Schranken fielen. Es gelang ihm nicht, den Wagen zum Stehen zu bringen. Dieser fuhr gegen die Schranke, die zerbrach und über die Schienen geworfen wurde. Der heran kommende Personenzug konnte noch rechtzeitig zum Halten gebrächt werden, so daß größeres Unheil verhindert wurde. Die Strecke war nur kurze Zeit gesperrt.

Sondershausen. Ein Brehmer amsenthaben. Der Lehrer Kurt Müller (Oblisleben), der der SPD angehört, wurde vom thüringischen Volksbildungsminister seines Amtes enthoben. Gleichzeitig ist ein Disziplinarverfahren gegen Müller eröffnet worden. Wie hierzu mitgeteilt wird, soll die Ursache der Amtenhebung in einem Beschwerdeverfahren des Ortsparlers und des Kirchenvorstandes wegen angeblicher Verschuldung der christlichen Lehre und Verletzung der Gefühle Andersdenkender zu suchen sein.

Berlin. Mordverdacht aus Eifersucht. Der 23jährige Erwin Goldberger, Schönholzer Weg zu Reindendorfer wohnhaft, durchschneit der 18jährigen Elisabeth Sander, zu der er in Liebesbeziehungen stand, die linke Halsschlagader. Die Schwerverletzte fand im Reindendorfer Krankenhaus Aufnahme. Das Motiv der Tat ist in Eifersucht zu suchen. Der Täter stellte sich selbst der Polizei.

Schwed. Däter. Mord aus Eifersucht. Der etwa 40 Jahre alte Arbeiter Hermann Rahnke wurde im Stangerheim-Rast von dem zehn Jahre jüngeren Arbeiter Hermann Siebel angefallen. Der Angreifer verletzte Rahnke so schwere Stiche in den Rücken, daß er bald darauf starb.

Königsberg (Pr.). Schloß Schataulad in Flammen. Das dem Grafen von Trend gehörige, 1897 erbaute Schloß Schataulad liegt in Flammen. Das Feuer brach im Dachstuhl des Gebäudes aus. Bisher ist das Obergeschloß vollständig von den Flammen vernichtet worden. Man hofft, das Erd- und Kellergeschloß noch zu retten. Sämtliche Wehen der Umgebung sind bei der Bekämpfung der Feuers tätig. Trotz des herrschenden starken Windes scheint das Feuer auf seinen Herd beschränkt zu sein. Das wertvolle Mobiliar und die Kunstgegenstände konnten größtenteils gerettet werden. Das Feuer ist anscheinend durch einen Schornsteinbrand entstanden.

Kust-Hanja und Nordbayerische Verkehrs-V.G.

Berlin, 6. Juli. Der seit Monaten in der Schmebe befindliche Vertrag zwischen den beiden deutschen Luftverkehr-Betriebsgesellschaften, der Deutschen Luft-Hanja-V.G. und der Nordbayerischen Verkehrs-V.G., ist nunmehr unterzeichnet worden. Der Vertrag, ein Interessengemeinschaftsabkommen, ist vorläufig für drei Jahre vorgesehen und zielt bei getrennter Organisation und getrennten Zugabeinheiten auf eine enge Zusammenarbeit der beiden Unternehmen ab, wie sie z. B. schon jetzt durch eine Anzahl von gemeinsam unterhaltenen Flugleitungen zum Ausdruck kommt.

Wiesbaden. Große Erregung der Bevölkerung. Die Hauptgedächtsstraßen der Stadt sind den ganzen Tag über außerordentlich stark belebt. Überall sieht man Gruppen erregter Menschen. Im allgemeinen ist der letzte Tag infolge der starken Polizeiposten ruhig verlaufen. Allgemein erregt man mit einer Wiederholung der Vorkommnisse der vergangenen Nacht. Polizeipräsident und Magistrat erließen einen Befehl, in dem darauf hingewiesen wird, daß es der Bevölkerung unmöglich sei, sich an den Separatisten, über die die Gedächts eine vernichtendes Urteil gefällt habe, rächen zu wollen. Die Einwohnerhaft wird neuart, die fragelichen Straßen nachts zu befreien.

Wirtschaftlicher Wochenbericht

mitgeteilt von der Wirtschaftlichen Landesbank, Magdeburg, durch die Stadtpartelle zu Remberg

Nach dem Reichstausweis vom 30. Juni 1930 hat sich die gesamte Kapitalanlage der Bank in der Ultimomode um 666 Mill. RM. auf 2.070,5 Mill. RM. erhöht. Der Umlauf an Reichsbanknoten ist um 647,5 Mill. RM. auf 4.655,4 Mill. RM. gestiegen. Die Bedienung der Noten durch Gold allein ermöglichte sich um 64,2% auf 55,9%, diejenige durch Gold und bedienungsfähige Devisen von 76,2% auf 65,7%.

Für die krisenreiche Wirtschaftslage sind die neuesten Berichte der wichtigsten Industrie- und Handwerkskammern wiederum kennzeichnend. — In der Zahl der Anstellungen ist für den Monat Juni erfreulicherweise ein Fortschritt zu verzeichnen. Die Zahl der Konturbe beträgt 839 gegen 1043 im Vormonat; die Zahl der Bezugsleistungen ermöglichte sich im Juni auf 809 gegen 684 im Mai. Im Mitteldeutschland zählte man im Juni 267 (Mai 294) Konturbe und 182 (Mai 182) Vergleichsunternehmen.

Die auf den Stichtag des 25. Juni 1930 berechnete Großhandelsindex des Statistischen Reichsamts beträgt 124,2% wie in der Vorwoche.

In der Arbeitsmarktlage ist auch im Bereich des Arbeitsamts Mitteldeutschland infolge einer Umfassung eingetreten, als die infolgedem bewirkte teilweise Besserung wieder völlig zum Stillstand gekommen ist. Die Zahl der Arbeitsuchenden in Mitteldeutschland beträgt Mitte Juni rd. 244.000 und hat sich somit gegen Ende Mai um 1000 erhöht. Im Mansfelder Kupferbergbau ist die Lage noch nie so sehr bedrohlich.

Bücher- und Zeitschriftenhan.

„Sollen die Weiden befeuert werden?“ In diesen hochaktuellen Problem nimmt Dr. Erhard Wagner im „Geist“, der Zeitschrift der Frau, in sehr interessanter Weise Stellung. — Von großem Interesse dürfte für alle Leser auch der Roman sein, den „Schiff der Christine Deibel“ sein und ebenfalls ein Verbotung über das Schicksal des Vater-Geheeres Schulte. — Neben diesen ersten Abhandlungen sorgen lustige Geschichten, Sportartikel und eine Blaubeer über Island für interessante Lektüre. Eine besondere Abhandlung über „Waldenrot-Winter“, eines gute Buchlage für tüchtige Beträge an heißen Tagen und ein Artikel über das „Auto der Dame“ dürften ebenfalls praktisch und unterhaltend sein. — Jede Frau wird weiterhin entzückt sein, wenn sie die „Geist-Waldenrot“ liest, die wie immer unter originellen und doch höchsten Gesichtspunkten Schönes und Praktisches vereint. — Dies und vieles andere wird Ihnen Vergnügen und Freude für Ihre Morgenstunden bedeuten und Sie zu einem festen Leser des „Geistes“ machen!

Zur **Einmachzeit** empfehle gut und preiswert:

Kristallzucker	Korbflaschen
Mulzucker	billig in allen Größen
Weineffig	Körbe, Spunde
Effigsprit	Bährdröhen
Salicyl	Gummischlauch
Rum	Weinheber
Weinweinsäure	Korkmaschinen
Citronensäure	Glasrührer
Gelatine, weiß u. rot	Colophonium
Schwefelzaden	Flaschenlack
Pergamentpapier	Weinhefe
Bindfaden	in bester Qualität und
sämtliche Gewürze	veränd. Geschmack

Fruchtpressen — Einkochapparate
Einkochgläser besonders billig

J. G. Glaubig.

Prima frisches Hammel- und Rindfleisch frische Flecke empfiehlt **H. Kraufemach Nachf.** Inh. **Heinrich Schneider**

Frisches, fettes **Rind- und Hammelfleisch** empfiehlt **Louis Richter**

Frische geline Bohnen und Hammelfleisch verkauft **Otto Harnisch.**

Mittwoch früh frischer Schellfisch in Eispackung. Bestellungen erbitte bis Dienstag abend. **Paul Miertzschke.**

Butterbrotpapier empfiehlt **Richard Arnold.**

Ein Dienstmädchen für die Landwirtschaft zum 15. 7. oder 1. 8. gesucht. Zu erfragen **Leipziger Straße 21**

Geflügelzüchter-Berein Am Mittwoch, den 9. Juli, abends 1/9 Uhr, bei Ernst Bachmann **Bersammlung** Um zahlreiches Erscheinen bittet **der Vorstand.**

Gewerbe-Berein Besondere Umständehalber muß der **Sprechtag** bereits am **Mittwoch, den 9. Juli**, im Hotel „Blauer Helm“ stattfinden. Der Krugspitz ist anwesend von 9-1 und von 3-6 Uhr. Es werden bearbeitet Steuerreklamationen, Anträge auf Ermäßigung der Grundsteuer gemäß Bekanntmachung des Magistrats. Abends 1/9 Uhr in der Bahnhofswirtschaft **Bersammlung** Um zahlreiches Erscheinen bittet **der Vorstand.**

Krieger-Berein Dienstag, den 8. Juli, abends 1/9 Uhr, im Vereinslokal Hotel Rainbaum **Bersammlung** Um das Erscheinen aller Kameraden bittet **der Vorstand.**

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Bund deutsch. Kriegsteilnehmer E. V. Ortsgruppe Remberg. Dienstag, den 8. Juli, abends 9 Uhr im Bürgeraal **Bersammlung** Um zahlreiches Erscheinen bittet **der Vorstand.**

Uder-Versteigerung Dienstag, den 8. Juli, abends 8 Uhr, versteigern wir im **Rats Keller** unsere in der Unterförste gelegenen **Wald- und Ackerpläne** mit der darauf stehenden Ernte öffentlich meistbietend. Die Bedingungen werden im Termin bekannt gegeben. **Wülfinger'sche Erben.**

Von heute ab solange der Vorrat reicht empfehle **la. fadenlose Grüne Bohnen** Ferner bestbekannt **Mohrrüben Kohlrabi Zwiebeln la. Wirfing la. Haharber** **Herrliche Schnittblumen** **Hermann Leue Gartenbaubetrieb** **Kaufe von heute ab jeden Posten Johannisbeeren und Heidelbeeren** für Heidelbeeren pro Pfd. 40 Pfg. **Ernst Heinrich, Dübenerstr. 16.** **Simbeeren** verkauft **Bäckerei Mattheß**

Johannis-Beeren gibt ab **Aernte, Gartenstr. 1.**

Briefkassellen Kartenkassellen in neuesten Ausführungen hat wieder am Lager **Rich. Arnold, Kemberg.**

Delhagen & Klafings Monatshefte Deutschlands schönste illustrierte Monatschrift. Monatlich ein Heft zum Preise von 2.40 RM.

Der geistig bewegliche Deutsche liest diese Zeitschrift; sie bringt ihn in enge und fruchtbare Beziehungen zu allen brennenden Fragen der Zeit in Literatur, Wissenschaft, Kunst u. Leben.

Meisterwerke moderner Erzähler sind die zur Veröffentlichung kommenden Romane u. Novellen Schönlerr Schmund der Hefte. Herrliche Wiederer nach Werken der Kunst in Farbendruck. Keine Zeitschrift des In- und Auslandes bringt sie in ähnlicher Vollendung u. Mannigfaltigkeit.

Das Haus in dem Delhagen & Klafings Monatshefte gelesen werden, ist eine Stätte der Kultur und edelster Lebensfreude.

Der Verlag Delhagen & Klafings, Leipzig C 1 überfiedt auf Wunsch gegen Einzahlung von 30 Pfg. in Marken für Porto - kostenlos ein vollständiges Heft (Juni 2.40) als Probeheft.



Kemberger Zeitung

normals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: "Landmanns Sonntagblatt" und "Illustriertes Unterhaltungsblatt". - Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,55 M. - Am Falle höherer Gewinne Betriebsabrechnung Streich ulw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Spaltenbreite 10 Zeilen oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltenbreite 20 Pfg., Ausnahmungsgebühr 30 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe unentgeltlich geschiebener oder durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Belegzahl: 10. - M. das Kaufgeld, zusätzlich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 78

Dienstag, den 8. Juli 1930

32. Jahrg.

Öffentliche Sitzung der Stadtratsordnenen Freitag, den 11. Juli, 20 Uhr, im Rathaus. Tagesordnung.

1. Mitteilungen.
2. Haushaltsplan der Kämmererei.
3. Haushaltsplan des Elektrizitätswerkes.
4. Berufsbeiträge.
5. Wichtige Besprechungen der Kämmererechnung 1. 4. 1928 — 31. 3. 1929.
6. Erhöhung der Pacht für den Stadtmühlenteich.
7. Beihilfe an die Wahlenhalter.
8. Beihilfe an die Bühnengelder.
9. Gebühren für Erbengräbnisse.

Der Stadtratsordnenenvorsteher.
S. Ludewig.

Auf die Gebote für die
Obfkunfungen an den städtischen Straßen
wird der Zuschlag mit Ausnahme der alten Heubener Straße
hiermit erteilt.
Kemberg, den 7. Juli 1930.

105] Der Magistrat.

An den Herrn Reichsfinanzminister!

Kein Zweifel: der Reichsminister Dietrich ist ein mutiger, verantwortungsvoller Mann, und er verdient alle Anerkennung dafür, daß er angeht unsern ungeliebten Finanzjungs und angeht die verfahrenen Situation, die sein Vorgänger zurückließ, nicht vor dem Versuch zurückzublicken, den Reichsfinanzminister zum Kampf zu ziehen. Aber gerade diejenigen, die ihm aufrichtigen Herzens einen vollen Erfolg wünschen, werden die Verpflichtung zu rückhaltlos offener Kritik der jetzigen Finanzpläne empfinden.

Die "Reichshilfe" der Beamten des öffentlichen Dienstes ist in dem Dietrichschen Finanzprogramm gegeben. Sie ist gemindert und verfeinert worden, sie hat durch einen mühsigen allgemeinen Zuschlag zur Einkommensteuer das grob Einfache einer Ausnahme-Steuer verloren, aber — eine Ungerechtigkeit heißt diese Steuer auch im neuen Gewande. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Reichsregierung glaubt, die Besoldungsordnung des Jahres 1927 sei zu weit gegangen. Um die finanziellen Auswirkungen zu mildern greift sie nicht zu einer Herabsetzung der Gehälter, sondern zu einer schematischen Sondersteuer. Wären die Gehaltserhöhungen des Jahres 1927 bei allen Beamtenstellen mit den gleichen prozentualen Sätzen vorgenommen worden, so wäre diese jetzt indirekt mit dem gleichen Prozentsatz vorgenommene Kürzung erträglich; tatsächlich schwankte die Erhöhung des Jahres 1927 aber bei den einzelnen Beamtengruppen zwischen 12 Prozent und 30 Prozent, so daß jetzt durch prozentual gleichmäßige Kürzung diejenigen besonders getroffen werden, die schon bei der Gehaltserhöhung des Jahres 1927 am stärksten abblühten.

Es bleibt psychologisch gesehen eine merkwürdige Tendenz, Sondersteuern, denen es schiedlich geht, dadurch helfen zu wollen, daß man weitere Sondersteuern verzögert und der Unruhe und Sorge aussetzt. Es bleibt eine peinliche und schmerzliche Situation, daß eine moderne Beamtengehegung dem neuen Staat in zehnjähriger Praxis noch nicht gelungen ist, daß man aber ane zehn Tage braucht, um Gehege vorzulegen, die in den Grundlagen des Berufsbeamtenrechts rütteln. Nun schafft man die Fiktion, daß diejenigen, die eine "gesicherte Existenz" haben, in Zeiten der Not denen helfen müssen, die keine solche gesicherte Existenz haben. Ob wohl der Kapitalist, der sein Geld in das Ausland gebracht und dem steuerlichen Zugriff in Deutschland entzogen hat, nicht eine gesicherte Existenz hat als der Beamte, dessen Gehalt sich vor allem in den höheren Stellen auf nur 75 Prozent der Vorkriegszeit bewegt? Zur Kapitalflucht wird sich eine Vertrauensflucht der Beamten gegenüber dem Staat ergeben, denn das Beamtenverhältnis ist gegenständliches Treuerverhältnis. Wenn der Staat von den Beamten erwartet, daß sie ihm die Treue wahren, so darf er keine Politik treiben, die in rechtlicher und materieller Beziehung den Staat der Beamten fortgesetzter Unruhe und Unzufriedenheit aussetzt; Besoldungsparagrafen, Beamtenabbau, Renteinstufung, Gehaltskürzung können nicht zu periodisch wiederkehrenden Erscheinungen gemacht werden.

Das einzig gerechte Vorgehen auf dem Gebiete der Einkommensteuer kann nur in einem alle Einkunftsarten erfassenden einmaligen Zuschlag bestehen, ohne Voraus- oder Sonderbelastung einer besonderen Berufs- schicht.

Ein schwerer Mangel bei dem jetzigen Vorgehen liegt darin, daß die Sanierung der Gemeindefinanzen nicht sofort vorgenommen, sondern auf später vertagt wird. Die Gemeinden sind aber in viel größerer, diesmal wirklich unerträglichem Finanznot als das Reich, und zwar durch die Wohlhabnerverwerbslosen. Als man 1927 den Anteil der Länder und Gemeinden an der Einkommensteuer von 90 auf 75 Prozent herabsetzte, geschah das mit der ausdrücklichen Begründung, daß die Gemeinden ja künftig von den Länden der Erwerbslosenfürsorge befreit seien. Tatsächlich haben diese Lasten sich von damals bis heute verdreifacht, und die volle Wucht der Wohlhabnerverwerbslosenfürsorge trifft die Gemeinden mit 400 Millionen Rm. Aufwand und wirkt sämtliche Gemeindefinanzpläne über den Haufen. Die Gefahr besteht tatsächlich an vielen Orten, daß sehr bald die Beträge für die Wohlhabnerverwerbslosen nicht mehr flüssig gemacht werden können. Hier ist also sofortiges Eingreifen notwendig. Der Reichsfinanzminister denkt für später an eine kommunale Verbrauchssteuer oder eine Vermaltungsabgabe. Die Verbrauchssteuer wird in größeren Orten erträglich sein können, aber in kleineren Orten kleineren Gemeinden überhaupt nichts nützen.



der Reichsfinanzminister, sondern der Reichsarbeitsminister Gelegenheit, in längeren Ausführungen den Standpunkt der Regierung darzulegen und die Vorlagen im einzelnen zu erläutern und zu begründen. Die Fraktionsführer legten ihrerseits darauf die Auffassungen ihrer Parteien dar. Die Besprechungen werden in den nächsten Tagen fortgesetzt.

Kompromissbereitschaft der Regierungsparteien.

Die Verhandlungen mit den Parteiführern werden sehr wahrscheinlich am Montag fortgeführt werden. Naturgemäß traten auf der ersten Besprechung die Gegensätze und Meinungsverhältnisse sehr klar zutage. Jedoch muß festgestellt werden, daß auf allen Seiten, sowohl bei den Regierungsparteien wie bei der Reichsregierung, durchaus der Wille zur Verständigung vorhanden ist. Dem Verhandlungsführer der D.V.P., dem Abgeordneten Scholz, ist der Weg zu Ausgleichsverhandlungen mit dem Kabinett durch die Entschliebung des Zentralvorstandes zur politischen Lage erschlossen worden. In politischen Kreisen wird diese Entschliebung dahin ausgelegt, daß sie nicht nur der Reichstagsfraktion der D.V.P. freie Hand für künftige politische Entscheidungen beläßt, sondern direkt auf den ersten Versuch einer Verständigung mit dem Kabinett über das Deckungsprogramm abgezielt ist.

Man glaubt sich zu dieser Auslegung um so mehr berechtigt, als die Entschliebung gewissermaßen unter dem Eindruck der Ausführungen zustande gekommen ist, mit denen Dr. Curtius die Notwendigkeit des vorliegenden Deckungsprogramms und sofortigen Handelns begründete. Für die D.V.P. sind bekanntlich das Beamtenanloper und die Einkommensteuerrückzahlung die Hauptantrittspunkte, jedoch ist man auch in volksparteilichen Kreisen der Auffassung, daß das Beamtenanloper in seiner jetzigen Form eine nicht unwechselliche Verbesserung gegenüber dem ersten Vorschlag bedeutet.

Man hofft in den Kreisen der hinter der Reichsregierung stehenden Parteien, daß es gelinht, bis Mitte dieses

Monats zu einem tragbaren Kompromiß zu gelangen und daß vor allem auch eine ausreichende Mehrheit für die Regierungsverordnungen zustande kommt.

Auch das Parlament will sparen.

Kürzung der Reichstagsblüten?

— Berlin, 5. Juli.

Am Kellertien-Ausschuß des Reichstags sind auch die Anträge der Parteien besprochen worden, die auf eine Kürzung der Reichstagsblüten hinauslaufen. Dabei sind zwei Gruppen von Anträgen zu unterscheiden. Es ist einmal eine Herabsetzung der Diäten um 10 vom Hundert gefordert worden, nach anderen Anträgen soll das Einkommen der Reichstagsabgeordneten berücksichtigt werden. Demgemäß würde unter Umständen bei Beamten eine Kürzung um 50 v. H. erfolgen. Diese Anträge auf Kürzung der Reichstagsblüten sind bisher im Haushaltsausschuß beraten worden, der hat sie einem Unterausschuß überwiesen, dieser Unterausschuß seinerseits hat sie wieder dem Arbeitsausschuß zugewendet und der Arbeitsausschuß hat wieder einen Unterausschuß gebildet, in dem die Diätenfrage geregelt werden soll.

Ueber die Haltung der Parteien verlautet, daß die Zentrumsfraktion grundsätzlich mit einer Kürzung der Diäten um 10 vom Hundert einverstanden ist. Die Sozialdemokraten und Deutschnationalen haben den Anträgen widersprochen. Die Sozialdemokraten haben geltend gemacht, daß auch den Minderbemittelten die Tätigkeit eines Reichstagsabgeordneten offen gehalten werden muß. Von Seiten der Deutschnationalen sind die Anträge als demagogische Anträge ohne finanziellen Nutsgehalt bezeichnet worden. Die Kommunisten wollten die Finanzlage der einzelnen Abgeordneten berücksichtigt wissen. Die Demokraten teilen grundsätzlich den Standpunkt der Sozialdemokraten, wenn aber alle Kreise der Bevölkerung jetzt neue Lasten tragen müssen, so können sich die Reichstagsabgeordneten davon nicht ausschließen. Demgemäß wird die Demokratische Reichstagsfraktion einer Diätenkürzung in Uebereinstimmung mit der Reichshilfe ihre Zustimmung nicht verlagern.

Falls überhaupt die Regelung zustande kommt, wird sich diese voraussichtlich erst auf das Jahr 1930 erstrecken, für den Herbst ist eine allgemeine Beratung des Diätengesetzes in Aussicht genommen. Es ist dabei zu hoffen, daß das Parlament, das in seinen Beratungen immer das Wort Sparen groß schreibt, bei sich selbst einen recht guten Umgang macht und so dem Volke mit erfreulichem Beispiel vorangeht.

Die Wirtschaft meldet sich.

Wünsche zum Deckungsprogramm.

— Berlin, 5. Juli.

Bei den kommenden Verhandlungen zwischen Reichsregierung und Parteiführern werden auch die Wünsche eine Rolle spielen, die innerhalb der Wirtschaftskreise aus Anlaß der jetzigen Deckungspläne laut geworden sind. In Wirtschaftskreisen wird geltend gemacht, daß, wenn es unbedingt erforderlich ist, die Einkommensteuerpflichtigen mit neuen Sätzen zu belegen, auch an eine Umänderung und Verbesserung des Einkommensteuerrechts herangegangen werden muß, zumal die Notwendigkeit einer solchen Verbesserung schon häufig anerkannt worden ist.

Es wird zu prüfen sein, ob man es bei der geplanten Begünstigung der Einzelbetriebe belassen kann und ob nicht die erneute Belastung die Bedenken zum Schwimmen bringen muß, die bisher gegen eine Einführung der Befreiung nach dem dreijährigen Durchschnitt geäußert worden sind. Weiter wird auf eine notwendige Neuregelung des Rechts der Abschreibungen hingewiesen, und endlich ist in gleichen Zusammenhang erneut die Forderung nach einer Befreiung der öffentlichen Betriebe laut geworden.

Kleine Vorlagen im Reichstag.

Die Besteuerung öffentlicher Betriebe.

— Berlin, 5. Juli.

Das deutsch-schweizerische Abkommen über die gegenseitige Anerkennung und Vollziehung von gerichtlichen Entscheidungen und Schiedssprüchen, ferner das internationale Abkommen zur Vollziehung ausländischer Schiedssprüche und das vorläufige Handelsabkommen mit Ägypten werden der Ausschussberatung überwiesen.

Der Gehaltsordnungsaustrich schlägt vor, die Immunität von Abgeordneten in 14 Fällen aufzuheben. Es handelt sich um wesentlichen um Beschäftigungsbedürfnisse von nationalsozialistischen und kommunistischen Abgeordneten. Die Ausschussanträge werden gegen die Stimmen der Kommunisten, der Deutschnationalen und Nationalsozialisten angenommen.

In zweiter und dritter Beratung wird dann der Gehaltsentwurf über die Pauschalierung der Verwaltungskostenzuschüsse für Gemeinden mit größeren Reichsbahn- und Reichsbetriebwerken angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gehaltsentwurfs über die Vorkürzung ausländischer Bildstreifen, der die Reichsregierung ermächtigt, nach Abtast des Konventionsgeschäftes zur Abklärung der kulturellen Interessen im deutschen Bildspielwesen mit Zustimmung des Reichsrats und des Bil-